

04/2026

NEWSLETTER

DER FDP/BZD FRAKTION IM KREISTAG WESEL



"Der Kreis gewinnt seine Stärke nicht aus immer neuen Aufgaben, sondern aus klaren Prioritäten, soliden Finanzen und dem Vertrauen in die Menschen, die ihn gestalten. Freiheit braucht Verantwortung und Zukunft braucht beides."

Unsere Arbeit im Kreistag Wesel

Liebe Freundinnen und Freunde der liberalen Politik im Kreis Wesel,

die finanzielle Situation des Kreises Wesel bleibt eine der zentralen Herausforderungen dieser Wahlperiode. Steigende Belastungen treffen nicht nur den Kreishaushalt selbst, sondern über die Kreisumlage unmittelbar auch unsere Städte und Gemeinden. Für uns bleibt deshalb klar: Haushaltskonsolidierung, eine kritische Überprüfung von Ausgaben und klare Prioritäten müssen ganz oben auf der politischen Agenda stehen.

Gerade deshalb ist Transparenz bei den Kreisfinanzen unverzichtbar. Umso kritischer sehen wir den Umgang des Landrats mit der Genehmigung des Kreishaushalts 2026 durch die Bezirksregierung Düsseldorf. Während die Öffentlichkeit bereits am 3. September über die Social-Media-Kanäle des Kreises informiert wurde und der Landrat die Genehmigung dort politisch bewertete, erhielten die Kreistagsfraktionen das zugrunde liegende Schreiben erst am 11. September.

Bei einer so wesentlichen Angelegenheit erwarten wir eine andere Reihenfolge: Erst müssen die politischen Gremien zeitnah und vollständig über die Fakten informiert werden, dann kann die öffentliche politische Bewertung erfolgen. Nur so können alle Fraktionen das Schreiben selbst bewerten und ihre Aufgabe als gewählte Mitglieder des Kreistages wahrnehmen. Das ist für uns keine Formalität, sondern eine Frage eines respektvollen und transparenten Umgangs zwischen den Organen des Kreises.

Auch in unserer weiteren politischen Arbeit zieht sich dieser Anspruch wie ein roter Faden durch die vergangenen Wochen: Was wird gemacht, was kostet es, wer ist dafür verantwortlich und welchen konkreten Nutzen hat es für den Kreis Wesel?

So fragen wir bei Klimaanpassung und Naturschutz danach, welche Aufgaben der Kreis bereits übernimmt und ob Bund und Land sich dauerhaft stärker an deren Finanzierung beteiligen sollten. Bei der Bekämpfung der Asiatischen Hornisse wollen wir wissen, ob die neu geschaffenen Landesfördermittel künftig freiwillige Ausgaben des Kreises ersetzen können. Beim Heckenwettbewerb schauen wir genauer hin, was, wo, wirklich wächst und was aus den seit 2023 finanzierten Projekten geworden ist.

Gleichzeitig richten wir den Blick auf die wirtschaftliche und organisatorische Zukunft des Kreises. Bei der geplanten Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung erwarten wir klare Ziele, messbare Ergebnisse, Transparenz über Personal und Kosten sowie einen nachvollziehbaren Zeitplan. Auch bei Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung wollen wir nicht bei allgemeinen Zielsetzungen stehen bleiben, sondern wissen, welche Fortschritte tatsächlich erreicht wurden, wo Projekte stocken und wie Bürger, Unternehmen und Beschäftigte konkret von einer moderneren Verwaltung profitieren sollen.

Auch die konsequente Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten beschäftigt uns. Nachdem bekannt wurde, dass Unterstützungsangebote der Zentralen Ausländerbehörden bei der Beschaffung von Heimreisedokumenten nur teilweise genutzt werden, fragen wir nach der Situation im Kreis Wesel. Wir wollen wissen, wie die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden funktioniert, welche Verfahren eingeleitet wurden und wo sich Abläufe möglicherweise verbessern lassen. Dabei geht es uns um Transparenz und eine verlässliche Umsetzung rechtsstaatlicher Entscheidungen.

Weitere Themen dieses Newsletters reichen von der Arbeit der Landschaftsplanung über die tatsächliche Versorgungssituation in der Kinder- und Jugendmedizin bis zu den Folgen des außergewöhnlich trockenen Sommers. Hitze und Gesundheit, Niedrigwasser am Rhein, Waldbrandvorsorge und die Wasserversorgung von Wildtieren haben uns dabei besonders beschäftigt.

So unterschiedlich diese Themen auf den ersten Blick erscheinen, verbindet sie ein gemeinsamer Anspruch: Politische Entscheidungen brauchen belastbare Informationen, klare Zuständigkeiten und einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Gerade in finanziell schwierigen Zeiten müssen wir genauer hinschauen, Prioritäten setzen und immer wieder fragen, welche Aufgaben der Kreis übernehmen muss und wo Land oder Bund stärker in der Verantwortung stehen.

Viel Spaß beim Lesen unseres Newsletters.

Bis bald!

Constantin Borges

Fraktionsvorsitzender der FDP/BZD-Kreistagsfraktion Wesel



Wirtschaftsförderung neu aufstellen: Was ist der konkrete Plan?



Die Wirtschaftsförderung des Kreises Wesel soll neu aufgestellt werden. Dieser Prozess betrifft die zukünftige Ausrichtung der EntwicklungsAgentur Wirtschaft (EAW) und damit eine zentrale Schnittstelle zwischen Kreis, Kommunen und Unternehmen. Für uns ist deshalb wichtig, dass der Kreistag nicht nur über einzelne Schritte informiert wird, sondern den Gesamtprozess nachvollziehen und begleiten kann.

Wir haben beantragt, dass der Landrat in der Kreistagssitzung am 15. Oktober 2026 einen konkreten Sachstandsbericht zur Neuaufstellung der EAW vorlegt.

Dabei wollen wir insbesondere erfahren, welche Ergebnisse der bisherige Prozess gebracht hat und welche Konsequenzen daraus gezogen werden. Wie soll die EAW künftig organisatorisch und personell aufgestellt sein? Welche strategischen Schwerpunkte soll die Wirtschaftsförderung setzen? Und anhand welcher messbaren Ziele soll später beurteilt werden können, ob die Neuaufstellung tatsächlich erfolgreich ist?

Ebenso gehören für uns Kosten und Personalbedarf auf den Tisch. Der Kreistag muss frühzeitig wissen, welche finanziellen und personellen Ressourcen benötigt werden und ob zusätzliche Haushaltsmittel oder Stellen vorgesehen sind. Außerdem erwarten wir einen konkreten Zeitplan für die nächsten Schritte und Klarheit darüber, wann weitere Entscheidungen durch die politischen Gremien anstehen.

Eine Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung darf kein Prozess hinter verschlossenen Türen sein. Neben einer kontinuierlichen Beteiligung des Kreistages und seiner Ausschüsse stellt sich deshalb auch die Frage, wie Unternehmen, Kommunen und weitere relevante Akteure einbezogen werden.

Eine moderne Wirtschaftsförderung braucht klare Aufgaben, messbare Ziele und einen nachvollziehbaren Ressourceneinsatz. Mit unserem Antrag wollen wir dafür sorgen, dass der Kreistag die Neuaufstellung der EAW frühzeitig und transparent begleiten kann.

[ZUM ANTRAG](#)

Kreisumlage steigt, Sparwille fehlt

von Dirk Hetkamp (stellv. Vorsitzender)



Die finanzielle Lage vieler Städte und Gemeinden im Kreis Wesel ist äußerst angespannt, eine sog. Haushaltssicherung wird für weitere Kreiskommunen bittere Realität werden. Steigende Sozialausgaben, wachsende Pflichtaufgaben und vor allem die Belastungen aus der Kreisumlage schränken die kommunalen Gestaltungsspielräume zunehmend ein. Weitere Umlagesteigerungen können notwendige Investitionen in den Kommunen verhindern, die kommunale Handlungsfähigkeit erheblich beschneiden und bei Kommunen im Kreis Wesel den Weg in die Haushaltssicherung beschleunigen.

Es ist nicht nur ein finanzielles Problem – es ist auch nicht gut für die Stabilität der kommunalen Selbstverwaltung und einer lokalen Demokratie, wenn die Bürgerinnen und Bürger in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld erfahren, dass eine staatliche Verwaltung nur noch unzureichend leistungsfähig ist.

Jetzt hat die Kreisverwaltung erste Zahlen zur geplanten kommenden Kreisumlage 2027 – das, was die Kreiskommunen an den Kreis jährlich zahlen müssen – vorgelegt: Von derzeit 36,4 auf 43,4 Prozent soll der Hebesatz für die Kommunen steigen, in Zahlen: von 338.423.000 auf 406.908.000 Euro in 2027 – 68.485.000 Euro oben drauf, die die Kreiskommunen an den Kreis zur Deckung seiner Ausgaben abführen sollen. Eine Steigerung, die man als erheblich bezeichnen kann. Mindestens.

Der Kreis Wesel ist deshalb in besonderer Weise gefordert, seine Ausgaben kritisch zu überprüfen und vorhandene Einsparpotenziale auszuschöpfen. Dies gilt nicht nur für einzelne Sachkosten, sondern insbesondere für die Personalentwicklung, die Verwaltungsorganisation und den langfristigen Raumbedarf. Die Entlastung der kreisangehörigen Kommunen muss Vorrang haben vor zusätzlichen und vermeidbaren langfristigen Ausgabenverpflichtungen des Kreises.

Sollte man meinen. Allerdings: das Gegenteil ist der Fall. So treibt der Landrat statt dessen derzeit eine Entwicklung voran, den Flächenbedarf für das Kreispersonal und die Kreisverwaltung noch zu vergrößern. Anstatt alle Anstrengungen zu unternehmen, die Aufgaben der Kreisverwaltung mit möglichst geringem Personal- und Sachaufwand zu erfüllen, digitale Verwaltungsverfahren, standardisierte Prozesse auszubauen, Doppelstrukturen abzubauen und eine effiziente Organisation zu befördern, will der Landrat aktuell weitere Flächen für die Kreisverwaltung in der Stadt Wesel auf dem Gelände der Niederrheinhalle vorsehen. Der Kreis will dort einen Neubau finanzieren und von der Stadt Wesel dann weitere Verwaltungsflächen anmieten. Vertragsbindung: 30 Jahre, so der Landrat in einem Zusicherungs-Schreiben an die Stadt Wesel. Kosten für den Kreis: ca. 40 Millionen Euro, so die Rheinische Post v. 02.10.26 – wenn es nicht noch mehr wird, wenn alle Zahlen auf dem Tisch liegen. Geld, das der Kreis nicht hat und das er sich von den Kreiskommunen holen will, deren Haushaltssicherung (Vermeidung nicht zwingend erforderlicher Ausgaben) er zugleich als Landrat beaufsichtigen muss. Scurril - von dem verwirrenden und intransparenten Vertragskonstrukt ganz abgesehen. Auch ein neues sog. Krisenmanagementzentrum im ehemaligen Westenergiegebäude in Wesel möchte die Kreisverwaltung gerne anmieten – Kosten: bis zu 1,2 Mio. Euro, obwohl im Kreishaus für diesen Zweck bestens geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, die sich z.B. während der Corona-Zeit bewährt haben. Im Kreistag seit der Kommunalwahl von Ende 2025 bis heute: Eine einzige realisierte Einsparung (Kündigung Mitgliedschaft Metropolregion Rheinland auf Antrag der FDP/BZD-Fraktion), dafür reihenweise Beschlüsse von Kreistagsmehrheit und Landrat zu freiwilligen Mehrausgaben des Kreises, kein erkennbarer Stellenabbau, dafür u.a. eine Vergrößerung der Verwaltungsführung auf nunmehr sieben Personen. Auch einen von der FDP/BZD-Fraktion beantragten Austritt des Kreises Wesel aus dem Regionalverband Ruhr (RVR) lehnten Landrat und die Kreistagsmehrheit ab – die jährliche Zahllast des Kreises bzw. indirekt zwangsläufig der Kreiskommunen an den RVR soll nach aktuell vorliegenden Berechnungen 2027 auf 6,9 und 2028 auf 7,1 Mill. Euro steigen. Fazit: Mangelnder Sparwille des Kreises auf Rechnung der Kreiskommunen – nach Auffassung der FDP/BZD-Kreistagsfraktion ein Unding. Deshalb hat unsere Fraktion in der Oktober-Sitzung des Kreistags den sofortigen Stopp dieser Maßnahmen und ein Sofortprogramm zur Digitalisierung und Senkung des Personal- und Raumbedarfs des Kreises beantragt: Haushaltskonsolidierung jetzt. Eine Mehrheit der Kreistagsmitglieder von CDU, SPD, Grünen (sog. Kenia-Kooperation) in Einheit mit AfD, Linken und Landrat hat in namentlicher Abstimmung diese Entlastungsmaßnahmen für die Kreiskommunen

abgelehnt. Es ist schon ein merkwürdiges politisches Miteinander, das sich im Weseler Kreishaus da in Kreistags-Abstimmungen abbildet. Über die politischen Motive der mangelnden Unterstützung der Kreiskommunen und der Bürgerinnen und Bürger im Kreis kann nur gerätselt werden – von einem rationalen politischen Konsolidierungs- Kurs zeugt es nicht. Der Eindruck von Überforderung und politischer Orientierungslosigkeit kann entstehen.

Auch eine Mentalität läßt sich erkennen, Steuerzahler-Geld, das ja erst erwirtschaftet werden muss und das man selbst als Kreis nicht hat, ohne Hemmschwelle und gerne mit vollen Händen auszugeben – es reicht ja ein Griff in die Kassen der Kreiskommunen, um Nachschub zu organisieren. Braucht es erst eine Bezirksregierung, die als Kommunalaufsicht Landrat und Kreistagsmehrheit stärker an die Leine legt?

Die FDP/BZD-Fraktion wird jedenfalls unverändert den Kurs einer konsequenten Haushaltskonsolidierung, Verwaltungsdigitalisierung und eines erkennbaren Stellenabbaus verfolgen. Und wir werden zum kommenden Kreishaushalt einen liberalen Konsolidierungsantrag vorlegen und gleichzeitig konstruktiv auch andere Konsolidierungsvorschläge unterstützen – sofern denn welche eingebracht werden sollten. Hilfreich wäre vielleicht auch ein Konsolidierungsbündnis der Kreiskommunen und der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, von Bürgerschaft und Wirtschaft im Kreis über Parteigrenzen hinweg, das gemeinsam von Landrat und Kreistagsmehrheit eine Kurskorrektur einfordert. Wir müssen gemeinsam neu denken hier im Kreis, denn:

Wer – wie der Landrat - von den Kommunen des Kreises Haushaltsdisziplin verlangt, muss als Landrat und Kreis Wesel diese auch auf Kreisebene praktizieren.

[ZUM ANTRAG](#)

Kinder- und Jugendmedizin: Gute Versorgung auch jenseits der Statistik?



104,6 Prozent Versorgungsgrad: Nach der Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein sieht die kinder- und jugendmedizinische Versorgung im Kreis Wesel auf dem Papier zunächst gut aus. Doch bildet diese Zahl auch die Situation ab, die Familien vor Ort tatsächlich erleben?

Genau das wollen wir genauer wissen. Deshalb haben wir das Thema Kinder- und Jugendmedizin im Kreis Wesel auf die politische Tagesordnung gesetzt und eine ausführliche Beratung über die tatsächliche

Versorgungssituation angestoßen.

Dazu soll auch ein Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNO) Stellung nehmen. Die KVNO soll erläutern, wie der ausgewiesene Versorgungsgrad zustande kommt und inwieweit er die tatsächliche Versorgungssituation im Kreisgebiet widerspiegelt.

Denn eine statistisch ausreichende Zahl an Arztsitzen beantwortet noch nicht automatisch alle Fragen des Versorgungsalltags. Entscheidend ist, ob Kinder und Jugendliche tatsächlich gut und erreichbar medizinisch versorgt werden können und ob es innerhalb des großen Kreisgebietes Unterschiede gibt.

Wir wollen deshalb Zahlen und tatsächliche Versorgungssituation zusammenbringen. Ein Versorgungsgrad von 104,6 Prozent ist eine wichtige Kennzahl. Entscheidend ist aber, was diese Zahl für Kinder, Jugendliche und ihre Familien im Kreis Wesel konkret bedeutet.

ZUM ANTRAG

Was, wo, wirklich wächst: Bilanz beim Heckenwettbewerb



Seit 2023 führt der Kreis Wesel wieder seinen Heckenwettbewerb durch und stellt Haushaltsmittel für die Anlage und Pflege neuer Hecken bereit. 2026 läuft die nächste Wettbewerbsrunde. Für uns ist das der richtige Zeitpunkt, nicht nur neue Projekte zu betrachten, sondern auch Bilanz zu ziehen: Was wurde aus den bisherigen Vorhaben und was ist tatsächlich gewachsen?

Deshalb haben wir für die Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klima am 17. November 2026 einen ausführlichen Sachstandsbericht beantragt.

Wir wollen wissen, wie viele Meter Hecke seit 2023 tatsächlich neu angepflanzt wurden und wie es um die Fertigstellungs- und Anwuchspflege steht. Wo waren Nachpflanzungen erforderlich? Welche der ursprünglich vorgesehenen Projekte wurden umgesetzt? Kurz gesagt: Was, wo, wirklich wächst.

Gleichzeitig soll der Blick nach vorne gehen. Die Verwaltung soll über die Wettbewerbsrunde 2026 berichten: Wie viele Vorschläge sind eingegangen? Zu welchen Ergebnissen ist die Bewertungskommission gekommen? Welche Projekte sollen umgesetzt werden, wie viele Meter neue Hecke sollen dadurch entstehen und welche Kosten sind damit verbunden?

Transparenz ist dabei auch deshalb wichtig, weil nicht alle Fraktionen und Gruppen des Kreistages in der Bewertungskommission vertreten sind. Wir möchten deshalb, dass deren Arbeit und Ergebnisse auch im zuständigen Fachausschuss nachvollziehbar dargestellt werden.

Wer öffentliche Mittel für neue Projekte bereitstellt, sollte anschließend auch überprüfen, was daraus geworden ist. Beim Heckenwettbewerb heißt das ganz konkret: nicht nur beschließen und pflanzen, sondern nachhalten, ob die Hecken anwachsen und die vorgesehenen Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden.

ZUM ANTRAG

Asiatische Hornisse: Landesförderung statt dauerhafter Belastung des Kreises?



Im Dezember 2025 hat der Kreistag zusätzliche 20.000 Euro für die Bekämpfung der Asiatischen Hornisse bereitgestellt. Wir hatten uns gegen diese freiwillige Leistung ausgesprochen, weil aus unserer Sicht geklärt werden muss, wer für solche Maßnahmen dauerhaft finanziell verantwortlich ist.

Inzwischen hat sich die Ausgangslage verändert: Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Juli 2026 eine Förderrichtlinie auf den Weg gebracht, über die unter anderem Schutzausrüstung, Bekämpfungstechnik und die Beseitigung von Nestern gefördert werden können.

Mit einer Anfrage wollen wir deshalb zunächst wissen, was aus den 20.000 Euro Kreismitteln geworden ist. Wie viel wurde bislang tatsächlich ausgegeben? Was wurde davon angeschafft? Wie viele gemeldete Fälle haben sich tatsächlich als Nester der Asiatischen Hornisse bestätigt und wie viele Nester wurden beseitigt? Dabei interessieren uns auch die konkreten Kosten der Bekämpfung.

Entscheidend ist für uns aber der Blick nach vorne. Wir fragen die Verwaltung, ob für bereits beschaffte Ausrüstung und durchgeführte Maßnahmen Landesfördermittel beantragt oder Möglichkeiten einer Refinanzierung geprüft werden. Sollte der Kreis selbst nicht antragsberechtigt sein, wollen wir wissen, ob die beteiligten Imkerorganisationen auf die Fördermöglichkeiten hingewiesen und bei deren Nutzung unterstützt wurden.

Denn mit der neuen Landesförderung stellt sich eine grundsätzliche Frage neu: Wie viel freiwilliges Geld des Kreises wird künftig überhaupt noch benötigt? Welche Kosten können durch Fördermittel ersetzt werden

und welche verbleiben tatsächlich beim Kreis?

Mit Blick auf den Haushalt 2027 wollen wir deshalb frühzeitig klären, ob die bisherige Mittelbereitstellung angepasst werden kann. Die Bekämpfung der Asiatischen Hornisse kann sinnvoll und notwendig sein. Gleichzeitig gilt: Wenn Fördermöglichkeiten des Landes bestehen, sollten diese konsequent genutzt werden, bevor freiwillige Mittel aus dem Kreishaushalt eingesetzt werden.

ZUR ANFRAGE

Ausreisepflichten konsequent durchsetzen



Ein funktionierender Rechtsstaat muss Menschen, die Schutz benötigen, verlässlich schützen und zugleich bestehende Ausreisepflichten konsequent durchsetzen. Dafür braucht es klare Verfahren, handlungsfähige Behörden und eine gute Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen.

Antworten der NRW-Landesregierung auf Anfragen der FDP-Landtagsfraktion zeigen jedoch, dass Unterstützungsangebote der Zentralen Ausländerbehörden bei der Beschaffung von Heimreisedokumenten nur teilweise angenommen werden. So nutzten von 73 angeschriebenen Ausländerbehörden lediglich vier ein entsprechendes Angebot der ZAB Coesfeld.

Wir wollen deshalb wissen, wie die Situation im Kreis Wesel aussieht. Mit unserer aktuellen Anfrage an die Kreisverwaltung erkundigen wir uns nach der Nutzung dieser Unterstützungsangebote, der Zahl eingeleiteter Verfahren und dem Stand der betreffenden Rückführungen.

Unser Fraktionsvorsitzender Constantin Borges bringt unsere Haltung auf den Punkt:

„Humanität und Rechtsstaatlichkeit gehören zusammen. Wer Schutz benötigt, muss sich auf unseren Rechtsstaat verlassen können. Wer hingegen vollziehbar ausreisepflichtig ist, muss damit rechnen, dass diese Entscheidung auch umgesetzt wird.“

Uns ist bewusst, dass Rückführungen häufig mit rechtlichen und praktischen Schwierigkeiten verbunden sind. Deshalb geht es uns nicht um pauschale Kritik an der Verwaltung, sondern um Transparenz, funktionierende Abläufe und mögliche Verbesserungen.

Unser Ziel ist klar: Bestehendes Recht muss nicht nur auf dem Papier gelten, sondern auch in der Praxis verlässlich umgesetzt werden.

ZUR ANFRAGE

Klimaanpassung und Naturschutz: Wer bezahlt die Aufgaben des Kreises?



Auf Bundesebene wird derzeit darüber diskutiert, Klimaanpassung und Naturschutz als neue Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zu verankern. Wie eine solche Regelung konkret aussehen könnte, ist noch offen. Für uns ist deshalb zunächst entscheidend, einen genauen Blick auf die Situation vor Ort zu werfen.

Der Kreis Wesel nimmt bereits heute zahlreiche Aufgaben und Maßnahmen in den Bereichen Klimaanpassung und Naturschutz wahr. Mit einer Anfrage an die Kreisverwaltung wollen wir transparent machen, welche Aufgaben der Kreis konkret übernimmt, welche davon gesetzlich vorgeschrieben oder freiwillig sind und welche Kosten tatsächlich beim Kreis verbleiben.

Dabei geht es nicht nur um die unmittelbar eingesetzten Haushaltsmittel. Förderprogramme von Land, Bund oder EU können Projekte ermöglichen, bringen aber häufig Eigenanteile sowie zusätzliche Personal-, Verwaltungs- und Folgekosten mit sich. Deshalb wollen wir wissen, wie hoch die tatsächliche finanzielle Belastung für den Kreis Wesel ist und welche Aufgaben sich für eine stärkere dauerhafte Mitfinanzierung durch Bund oder Land eignen würden.

Ein weiterer Punkt ist für uns besonders wichtig: Förderung sollte nicht unnötig viel Bürokratie produzieren. Deshalb fragen wir die Verwaltung, ob eine stärkere pauschale und dauerhafte Finanzausstattung gegenüber immer neuen projektbezogenen Förderprogrammen Vorteile hätte. Mehr verlässlich bereitgestellte Mittel könnten dem Kreis ermöglichen, notwendige Maßnahmen eigenverantwortlicher umzusetzen, statt für einzelne Projekte immer wieder Förderanträge stellen und unterschiedliche Zweckbindungen beachten zu müssen.

Unser Ziel ist eine solide Grundlage für die weitere Diskussion: Welche Aufgaben übernimmt der Kreis bereits, was kosten sie und wie kann ihre Finanzierung verlässlicher und unbürokratischer organisiert werden?

Landschaftsplanung: Mehr Transparenz über die Arbeit der Arbeitsgruppe



Der Kreistag hat für die laufende Wahlperiode erneut eine Arbeitsgruppe Landschaftsplanung eingerichtet. Sie soll sich mit wesentlichen Fragen der Landschaftsplanung und der Umsetzung der Landschaftspläne im Kreis Wesel beschäftigen. Doch welche Themen stehen konkret auf der Agenda, welche Verfahren aus der vergangenen Wahlperiode sind noch offen und wie sieht das weitere Arbeitsprogramm aus?

Mit einer Anfrage haben wir die Kreisverwaltung deshalb um Auskunft zum aktuellen Stand gebeten. Wir wollen unter anderem wissen, ob und wann sich die Arbeitsgruppe konstituiert hat, welche Sitzungen vorgesehen sind und welche konkreten Themen sie in dieser Wahlperiode bearbeiten soll. Ebenso interessiert uns, ob bereits eine Prioritätenliste und ein Zeitplan bestehen und welche offenen Verfahren aus der vergangenen Wahlperiode fortgeführt werden müssen.

Dabei geht es uns auch um Transparenz gegenüber dem zuständigen Fachausschuss. Nicht alle Fraktionen und Gruppen des Kreistages sind in der Arbeitsgruppe vertreten. Trotzdem betreffen ihre Beratungen wichtige Fragen der Landschaftsplanung im Kreis Wesel.

Deshalb haben wir zusätzlich beantragt, für die Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Klima am 17. November 2026 einen eigenen Tagesordnungspunkt „Bericht aus der Arbeitsgruppe Landschaftsplanung“ vorzusehen. Die Verwaltung soll dort über die bisherige Tätigkeit, die behandelten und geplanten Themen, offene Verfahren sowie die nächsten Arbeitsschritte berichten.

Für uns ist klar: Eine Arbeitsgruppe kann wichtige Detailarbeit leisten. Ihre Arbeit sollte für den zuständigen Ausschuss aber nachvollziehbar bleiben. Regelmäßige Berichte schaffen Transparenz und ermöglichen es allen im Ausschuss vertretenen Fraktionen und Gruppen, die weitere Landschaftsplanung im Kreis sachgerecht zu begleiten.

Digitale Verwaltung: Wo steht der Kreis Wesel?



Eine leistungsfähige Kreisverwaltung muss sich verändern: Der demografische Wandel, knappe kommunale Finanzen und steigende Anforderungen an digitale Verwaltungsangebote machen Modernisierung zu einer Daueraufgabe. Entscheidend ist deshalb, wie weit der Kreis Wesel bei Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung tatsächlich gekommen ist.

Wir haben einen umfassenden Sachstandsbericht beantragt. Dabei erwarten wir mehr als einen allgemeinen Überblick: Welche Verwaltungsleistungen sind bereits vollständig digital verfügbar? Welche Digitalisierungs- und Modernisierungsprojekte laufen derzeit, welche wurden abgeschlossen und wo gibt es Verzögerungen? Ebenso wollen wir wissen, welche Prozesse innerhalb der Verwaltung vereinfacht oder neu organisiert werden, welche konkreten Ziele damit verfolgt werden und welche nächsten Schritte geplant sind.

Dazu gehört für uns auch der Blick auf den praktischen Nutzen. Wo führen digitale Verfahren bereits zu schnelleren oder einfacheren Abläufen? Wo können Beschäftigte von Routineaufgaben entlastet werden? Und welche organisatorischen Veränderungen sind notwendig, damit Digitalisierung nicht nur bestehende Papierprozesse auf den Bildschirm verlagert, sondern Verwaltungsabläufe tatsächlich verbessert?

Der Landrat selbst hat zuletzt die Absicherung der Leistungsfähigkeit der Kreisverwaltung, den demografischen Wandel und die Anforderungen an eine moderne, digitale Verwaltung als wesentliche Herausforderungen benannt. Umso wichtiger ist es, dass auch die politischen Gremien regelmäßig erfahren, wo der Kreis bei diesen Zukunftsthemen steht, welche Ergebnisse bereits erreicht wurden und wo noch Handlungsbedarf besteht.

Eigentlich wäre der zuständige Fachausschuss der richtige Ort für diese Beratung gewesen. Nachdem dessen vorgesehene Sitzung Ende September abgesagt wurde, haben wir das Thema nun auf die Tagesordnung des Kreistages gebracht.

Denn Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Gut gemachte Verwaltungsmodernisierung kann Abläufe vereinfachen, Beschäftigte entlasten und Bürgern sowie Unternehmen den Kontakt mit der Kreisverwaltung erleichtern. Entscheidend ist, dass aus Modernisierungszielen messbare Fortschritte im Verwaltungsalltag werden.

ZUM ANTRAG

Hitze, Trockenheit, Niedrigwasser und Waldbrandgefahr: Was uns in diesem Sommer beschäftigt hat

Der Sommer 2026 hat auch im Kreis Wesel gezeigt, wie unterschiedlich sich extreme Hitze, längere Trockenperioden und niedrige Wasserstände auswirken können. Dabei geht es nicht allein um Temperaturen oder ausbleibenden Regen. Die Folgen können Menschen und Gesundheit ebenso betreffen wie unsere Wirtschaft und Infrastruktur, den Rhein als wichtige Verkehrsader, den Wasserhaushalt, unsere Wälder und die heimische Tierwelt.

Für uns als FDP/BZD-Fraktion war deshalb klar: Wir wollen genauer wissen, welche Auswirkungen im Kreis Wesel tatsächlich festzustellen sind, wie gut bestehende Strukturen funktionieren und wo konkreter Handlungsbedarf entstehen könnte.

Über den Sommer haben wir dazu mehrere Initiativen auf den Weg gebracht. Vier Bereiche standen besonders im Mittelpunkt: extreme Hitze und ihre gesundheitlichen Folgen, das außergewöhnliche Niedrigwasser am Rhein, die Waldbrandvorsorge sowie die Wasserversorgung von Wildtieren während längerer Trockenperioden.

Extreme Hitze: Wie gut sind unsere eigenen Einrichtungen vorbereitet?



Die extreme Hitzeperiode dieses Sommers war für uns Anlass, zunächst dort genauer hinzuschauen, wo der Kreis selbst Verantwortung trägt.

Mit unserer Anfrage haben wir deshalb bewusst nicht versucht, sämtliche Auswirkungen der Hitze im gesamten Kreisgebiet abzufragen. Stattdessen konzentrieren wir uns auf Bereiche, für die der Kreis selbst zuständig ist oder in denen ihm aufgrund seiner gesetzlichen Aufgaben bereits Erkenntnisse vorliegen.

Ein Schwerpunkt sind die kreiseigenen Gebäude und Einrichtungen. Wir wollen wissen, ob beispielsweise in Verwaltungsgebäuden, Berufskollegs oder Förderschulen während der Hitzeperiode problematische Raumtemperaturen oder Beeinträchtigungen des Betriebs festgestellt wurden.

Wo Handlungsbedarf besteht, interessieren uns ganz praktische Lösungen: von Außenverschattung und Sonnenschutz über bessere Lüftungsmöglichkeiten und passive Kühlung bis hin zu gekühlten Aufenthaltsbereichen oder, wo erforderlich, aktiver Klimatisierung.

Dabei wollen wir Hitzeschutz nicht isoliert betrachten. Wenn ohnehin energetische Sanierungen, Photovoltaikanlagen, Wärmepumpen, Speicherlösungen oder neue Gebäudetechnik geplant werden, stellt sich für uns die Frage, ob notwendiger Hitzeschutz sinnvoll damit verbunden werden kann.

Gesundheitliche Folgen und besonders gefährdete Menschen

Extreme Hitze kann insbesondere für ältere, kranke, pflegebedürftige und andere besonders gefährdete Menschen gesundheitliche Risiken mit sich bringen.

Deshalb haben wir die Verwaltung gefragt, ob während der Hitzeperiode eine erkennbare Zunahme von Rettungsdienst- oder Notarzteinsätzen im Zusammenhang mit Hitze, Dehydrierung, Kreislaufproblemen oder ähnlichen Beschwerden festgestellt wurde und ob sich daraus Konsequenzen für Rettungsdienst, Kreisleitstelle oder Einsatzplanung ergeben.

Auch das Gesundheitsamt und die Aufgaben des Kreises nach dem Wohn- und Teilhabegesetz nehmen wir in den Blick. Uns interessiert, welche Erkenntnisse über Hitzeschutz in Pflege- und Betreuungseinrichtungen bereits aus der bestehenden Beratungs- und Aufsichtstätigkeit vorliegen und inwieweit das Thema innerhalb der vorhandenen Zuständigkeiten berücksichtigt wird.

Wichtig ist uns dabei eine klare Abgrenzung der Verantwortlichkeiten. Nicht jede Aufgabe liegt beim Kreis. Deshalb wollen wir auch wissen, wie sich die Zuständigkeiten zwischen Kreis, Land, Städten und Gemeinden sowie den jeweiligen Betreibern verteilen.

ZUR ANFRAGE

Niedrigwasser am Rhein: Mehr als nur eine Zahl am Pegel



Besonders sichtbar wurde die Trockenheit in diesem Sommer am Rhein. Am Pegel Wesel wurden am 14. August 2026 morgens nur noch 68 Zentimeter und mittags 67 Zentimeter gemessen. Damit lagen die Messwerte sogar deutlich unter dem in den ELWIS-Stammdaten ausgewiesenen niedrigsten bekannten Wasserstand von 88 Zentimetern aus dem August 2022.

Für uns war allerdings von Anfang an klar: Der Pegelstand allein sagt noch nicht, welche Folgen das Niedrigwasser für den Kreis Wesel tatsächlich hat.

Der Rhein ist eine der wichtigsten Verkehrs- und Wirtschaftsachsen unserer Region. Niedrige Wasserstände können dazu führen, dass Schiffe weniger Ladung transportieren können. Das wiederum kann Transportkosten erhöhen und Auswirkungen auf Häfen, Industrie, Logistik und Lieferketten haben.

Deshalb haben wir mit unserer Anfrage ein breites Lagebild von der Kreisverwaltung eingefordert.

Uns interessiert beispielsweise, welche Auswirkungen bereits bei den DeltaPort-Häfen festzustellen sind. Gibt es Einschränkungen bei Schiffsanläufen oder der Beladung? Kommt es zu Verzögerungen beim Umschlag? Welche Branchen im Kreis sind besonders betroffen? Und welche Vorkehrungen bestehen für den Fall, dass eine ausgeprägte Niedrigwasserlage länger anhält?

Dass Niedrigwasser ganz praktische Auswirkungen auf den Alltag haben kann, zeigte sich bereits bei der Rheinfähre Keer Tröch II, deren Betrieb aufgrund des niedrigen Wasserstandes vorübergehend eingestellt wurde. Deshalb fragen wir auch nach den verkehrlichen, touristischen und wirtschaftlichen Folgen sowie nach möglichen Einschränkungen weiterer Fähr- oder Schiffsverbindungen.

Was passiert mit Grundwasser und kleineren Gewässern?

Mindestens ebenso wichtig ist für uns der Blick über den Rhein hinaus.

Eine länger anhaltende Trockenperiode kann auch Auswirkungen auf Grundwasserstände, kleinere Fließgewässer, Landwirtschaft, Natur und wasserwirtschaftliche Anlagen haben. Deshalb wollen wir wissen, welche Erkenntnisse der Kreis aus bereits vorhandenen Daten über die Entwicklung der Grundwasserstände und kleinerer Gewässer hat.

Dabei haben wir ausdrücklich auch nach wasserwirtschaftlichen Anlagen, insbesondere Pumpanlagen der LINEG, sowie möglichen Auswirkungen auf Siedlungsgebiete, Landwirtschaft, Industrie, Trinkwasserversorgung und Naturhaushalt gefragt.

Unser Ziel ist dabei keine zusätzliche Datensammlung um ihrer selbst willen. Vielmehr möchten wir die Informationen zusammenbringen, die beim Kreis und seinen Partnern ohnehin vorhanden sind. Daraus kann ein besseres Gesamtbild entstehen, wo bei länger anhaltenden Trockenperioden besondere Risiken liegen.

Auch die übergeordnete Infrastruktur gehört dazu. Wir fragen deshalb, welche Anliegen gegenüber Land und Bund für den Kreis Wesel besonders wichtig sind. Dazu gehören etwa leistungsfähige Bundeswasserstraßen, bessere Wasserstands- und Fahrrinnenprognosen sowie eine widerstandsfähige Hafen- und Schieneninfrastruktur.

Für uns stellt sich zudem die Frage, ob Kreis, DeltaPort, Niederrheinische IHK, LINEG und betroffene Kommunen bei einer länger anhaltenden Niedrigwasserlage gemeinsame Interessen gegenüber Land und Bund formulieren sollten.

ZUR ANFRAGE

Waldbrandvorsorge: Gut vorbereitet sein, bevor es brennt



Trockenheit erhöht auch die Gefahr von Wald- und Vegetationsbränden. Deshalb haben wir uns in diesem Sommer ebenfalls intensiv mit der Waldbrandvorsorge im Kreis Wesel beschäftigt.

Mit Dämmerwald, Üfter Mark, Diersfordter Wald, Leucht und Bönninghardt gibt es bei uns mehrere größere Waldgebiete. Trockenheit, Vegetation und die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten können dort im Brandfall besondere Anforderungen an Feuerwehr und Katastrophenschutz stellen.

Mit unserer Anfrage wollten wir deshalb unter anderem wissen, welche Wald- und Vegetationsflächen die Kreisverwaltung als besonders waldbrandgefährdet bewertet und auf welcher Grundlage diese Einschätzung erfolgt.

Ein besonderer Aspekt am Niederrhein ist dabei die Geschichte unserer Region. In Teilen des Kreisgebietes muss aufgrund der Bombardierungen und Kampfhandlungen während des Zweiten Weltkriegs weiterhin mit Kampfmitteln gerechnet werden. Bei einem Waldbrand kann ein entsprechender Verdacht dazu führen, dass Feuerwehrkräfte bestimmte Flächen nicht oder nur eingeschränkt betreten können.

Deshalb haben wir die luftgestützte Brandbekämpfung ausdrücklich in unsere Anfrage aufgenommen: Welche Löschhubschrauber oder Löschflugzeuge könnten bei einem größeren Brand im Kreis Wesel angefordert werden? Über welche Stellen erfolgt das? Mit welchen Vorlaufzeiten muss gerechnet werden? Und reichen die vorhandenen Möglichkeiten auch dann aus, wenn Einsatzkräfte am Boden aufgrund von Kampfmittelverdacht oder anderen Gefahren nicht zum Brandherd gelangen können?

Solche Fragen sollte man aus unserer Sicht nicht erst dann stellen, wenn bereits Rauch über dem Wald steht. Vorsorge bedeutet, mögliche Schwachstellen vorher zu kennen und zu wissen, auf welche Ressourcen im Ernstfall zurückgegriffen werden kann.

ZUR ANFRAGE

Wenn natürliche Wasserstellen austrocknen



Die Folgen längerer Trockenperioden betreffen aber nicht nur Menschen, Wirtschaft und Infrastruktur. Auch die heimische Tierwelt ist auf ausreichend Wasser angewiesen.

Deshalb haben wir mit unserem Antrag das Thema „Trockenheit und Wasserversorgung von Wildtieren im Kreis Wesel“ in den Ausschuss für Planung, Umwelt und Klima eingebracht.

Wir möchten zunächst wissen, ob Kreisverwaltung, Kreisjägerschaft oder Hegeringe in diesem Sommer konkrete Bereiche festgestellt haben, in denen natürliche Wasserstellen erheblich beeinträchtigt oder vollständig ausgetrocknet waren.

Genauso wichtig ist die Frage, was vor Ort bereits getan wurde. Haben Jagdausübungsberechtigte, Hegeringe oder Waldbesitzer zusätzliche Möglichkeiten zur Wasserversorgung geschaffen? Hat die Kreisverwaltung dabei unterstützt oder koordiniert? Und gibt es Erkenntnisse darüber, ob sich die Situation auf die Gesundheit oder das Verhalten der Wildtiere ausgewirkt hat?

Deshalb fragen wir auch nach auffälligen Fällen geschwächter oder verendeter Tiere, bei denen Trockenheit oder Wassermangel als mögliche Ursache angesehen werden. Ein weiterer Punkt sind Wildunfälle: Hat sich deren Zahl während der Trockenperiode auffällig verändert und gibt es Hinweise darauf, dass Tiere auf der Suche nach Wasser oder Nahrung häufiger Straßen überqueren?

Uns geht es auch hier zunächst darum, ein verlässliches Bild der tatsächlichen Situation zu bekommen. Sollte sich daraus Handlungsbedarf ergeben, stellt sich anschließend die Frage, ob für künftige längere Trockenperioden ein abgestimmtes Vorgehen zwischen Kreis, Kreisjägerschaft, Hegeringen, Waldbesitzern und weiteren Beteiligten sinnvoll wäre.

ZUM ANTRAG

Ein Thema, viele Auswirkungen

Trockenheit und Wasserknappheit wirken sich auf viele Bereiche unseres Kreises gleichzeitig aus. Auf Wirtschaft und Verkehr ebenso wie auf Wasserwirtschaft, Katastrophenschutz, Wälder und Tierwelt.

Genau deshalb haben wir diese Fragen in den vergangenen Monaten aufgegriffen. Für uns geht es zunächst darum, vorhandenes Wissen zusammenzutragen und ein möglichst konkretes Lagebild zu erhalten. Wo funktioniert die bestehende Vorsorge? Wo gibt es Lücken? Welche Akteure müssen besser zusammenarbeiten? Und an welchen Stellen muss der Kreis gegenüber Land oder Bund aktiv werden?

Nicht jede dieser Fragen wird am Ende eine neue Maßnahme erfordern. Aber bevor politische Entscheidungen getroffen werden, wollen wir wissen, wo tatsächlich Handlungsbedarf besteht.

Die Antworten der Verwaltung und die Beratungen in den zuständigen Gremien werden wir deshalb genau auswerten und die Themen weiter begleiten.

Mehr Freiheit im Postfach!

Kennen Sie jemanden, den unsere Themen interessieren könnten? Leiten Sie diesen Newsletter gern weiter.

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen? Dann abonnieren Sie ihn hier:

NEWSLETTER ANMELDUNG



Alles auf einen Blick!

Alle unsere Anträge und Anfragen finden Sie übersichtlich auf unserer Homepage. Wenn Sie sich umfassender über die Arbeit unserer Fraktion informieren möchten, lohnt sich ein Besuch jederzeit.

ZUR HOMEPAGE



FDP/BZD Fraktion im Kreis Wesel

Vertreten durch: Constantin Borges

Reeser Landstraße 31, Raum 010, 46483 Wesel

E-Mail: fdp-bzd-fraktion@kreis-wesel.de

Telefon: 0281 2072014

**Freie
Demokraten**

Kreistagsfraktion
Wesel **FDP**

BZD

BÜRGERLISTE ZUKUNFT